



Jugendsession 2011

1. – 4. September 2011

> Dossier

Die Schweiz und die EU

1 Abstract

Nach zwei blutigen Weltkriegen besannen sich die europäischen Staaten nach 1945 darauf, in Europa Frieden und Stabilität zu schaffen. Zudem realisierte man schnell, dass auch wirtschaftlich eine verstärkte Zusammenarbeit Sinn machte. Es begann der Prozess der europäischen Integration. Dies besonders im Rahmen der heutigen EU, einer wirtschaftlichen und politischen Union mit weitreichenden Kompetenzen und eigenen Organen. Die Schweiz war und ist selbstverständlich ebenfalls an Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert. Doch in der jahrhundertealten Tradition von Unabhängigkeit und Neutralität entschied sich die Schweiz gegen den Abtritt von Kompetenzen an supranationale Behörden und trat der EU folglich nicht bei.

Gleichwohl ist die Schweiz vor allem wirtschaftlich auf gute Beziehungen zur EU angewiesen. Nachdem die Integration in den europäischen Binnenmarkt 1992 vom Schweizer Volk abgelehnt wurde, erwies sich einzig der sogenannte bilaterale Weg als politisch machbar und mehrheitsfähig. Die bilateralen Verträge sind inzwischen 16 separate Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, um den gegenseitigen Interessen Rechnung zu tragen.

Je länger desto mehr zeigt sich jedoch, dass mit jedem weiteren Abkommen die Komplexität der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zunimmt und damit auch das Konfliktpotenzial steigt. Die einzelnen Abkommen lassen sich, das sieht man auch in der Schweiz so, nicht mehr isoliert betrachten. Besonders die EU pocht auch im Sinne der Gleichbehandlung ihrer Mitglieder auf eine Verknüpfung der einzelnen Verträge. Für die Schweiz stellt sich nun die Frage: Wie weiter? Will man weiterhin einzelne bilaterale Abkommen wie bisher abschliessen? Will man dem bilateralen Weg einen Rahmen, ein übergeordnetes Ziel geben? Soll man schliesslich doch der EU beitreten, da die Schweiz nicht nur im Herzen von Europas liegt, sondern auch laufend EU-Recht übernimmt, ohne mitbestimmen zu dürfen.

2 Inhaltsverzeichnis

1	Abstract	2
2	Inhaltsverzeichnis	3
3	Einleitung	4
4	Historisches	5
4.1	Europäische Integration seit 1945	5
4.1.1	Sämtliche Erweiterungsschritte der EU von 1952 bis 2007	6
4.2	Die Schweiz in Europa von 1945 bis zum EWR-Nein 1992	6
4.3	Bilaterale Verträge I und II	7
5	Aktuelle Herausforderungen	9
5.1	Szenarien für die zukünftigen Beziehungen Schweiz-EU	10
5.1.1	Weiterführung Bilateralismus	10
5.1.2	Beitritt zur EU	10
5.1.3	(Verspäteter) Beitritt zum EWR	11
5.2	Brennpunkt Personenfreizügigkeit	11
6	Verschiedene Standpunkte	12
6.1	Befürworter eines EU-Beitritts	12
6.2	Befürworter der Weiterführung des bilateralen Wegs	12
6.3	Befürworter einer von der EU unabhängigen Schweiz	13
7	Weiterführende Links	13
8	Quellenverzeichnis	14
8.1	Fachliteratur	14
8.2	Zeitungsartikel	14
8.3	Internetquellen	14

3 Einleitung

Die Schweiz ist bekanntlich Nichtmitglied der EU aber trotzdem ist das Verhältnis zur EU und im allgemein die Europapolitik ein Dauerthema in der Schweizer Öffentlichkeit. Auch die GegnerInnen von EU-Beitritt und bilateralem Weg sind nicht einfach desinteressiert sondern fühlen sich direkt betroffen und schalten sich engagiert in die Diskussion ein. Über Themen wie die Personenfreizügigkeit und die allfällige automatische Übernahme von EU-Recht wird teils emotional diskutiert. Man merkt, die Schweiz liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas.

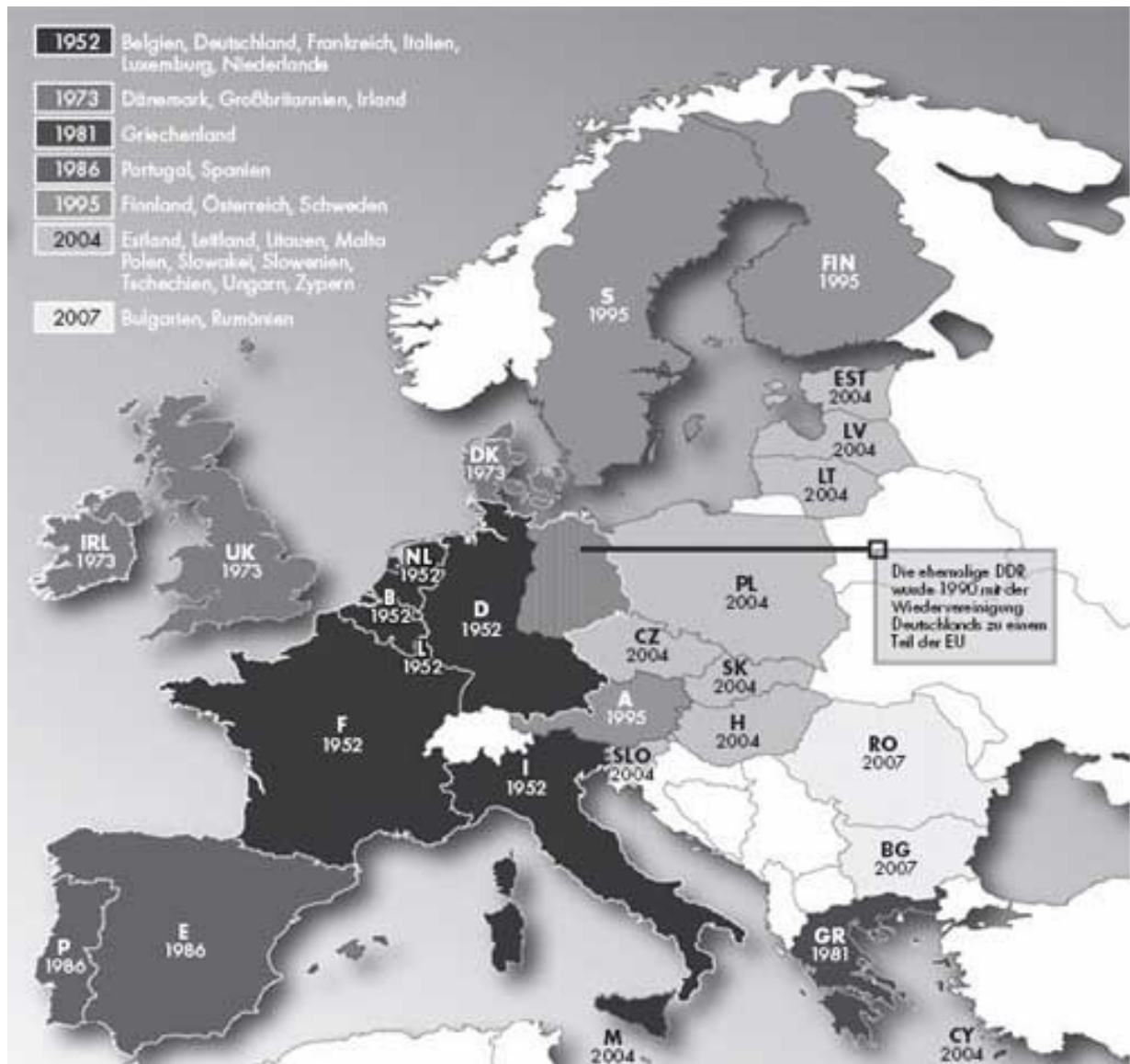
Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa sind wirklich auf dem Scheideweg. Es stellt sich die Frage: Wie weiter? Das vorliegende Dossier „Die Schweiz und die EU“ soll den TeilnehmerInnen der Jugendsession einen Überblick über aktuelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze geben. Besonders wichtig ist es zu verstehen, wie das heutige Verhältnis der Schweiz zur EU überhaupt entstanden ist. So lässt das Kapitel „Historisches“, die europäische Integration als Ganzes, die Schweizer Reaktion darauf und den nach dem EWR-Nein 1992 begonnenen bilateralen Weg Revue passieren. Das folgende Kapitel „Aktuelle Herausforderungen“ versucht, mögliche Antworten auf die Frage „wie weiter?“ zu geben. Schliesslich erläutert das Kapitel „Verschiedene Standpunkte“ die unterschiedlichen Grundpositionen der Schweizer Europapolitik. Im Rahmen von „Weiterführende Links“ wird interessierten Teilnehmern der Jugendsession die Möglichkeit gegeben, mehr zu erfahren und sich direkt an der Quelle zu informieren.

Dieses Dossier orientiert sich primär an historischen und politischen Fakten und skizziert die gegenwärtigen Problemfelder, ohne für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen. Die Standpunkte der einzelnen Akteure sind mittels klaren Verweisen und wörtlichen Zitaten nach universitären Standard gekennzeichnet. Den Teilnehmern der Jugendsession soll als Grundlage der nötige Wissensstand vermittelt werden, um sich selbst eine Meinung zu bilden im Sinne einer engagierten und produktiven Diskussion.

4 Historisches

4.1 Europäische Integration seit 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Prozess der europäischen Integration. Ziel war es, Europa nach zwei Weltkriegen Frieden und Stabilität zu verschaffen. Im Übrigen erwiesen sich die nationalen Ökonomien als zu klein für eine rationale Wirtschaftsweise. Schliesslich wurde 1952 die Montanunion (EGKS) gegründet. Sie



gewährte den Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unter der Kontrolle einer supranationalen Behörde gegenseitigen zollfreien Zugang zur Kohle- und Stahlproduktion.¹

¹ Hartmann, Jürgen: Internationale Beziehungen, Wiesbaden 2009, S. 118-119.; Loth, Wilfried: Europäische Identität in historischer Perspektive, Bonn 2002, S. 14.

Aus der Montanunion heraus entstand 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Eine allgemeine Zollunion mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik und starken gemeinschaftlichen Institutionen. Als Gegenmodell gründeten 1960 unter der Federführung Grossbritanniens mehrere nordeuropäische Staaten und die Schweiz die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Die EFTA betrieb eine gegenseitige Reduktion von Zolltarifen und Importquoten, verzichtete dabei aber auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und supranationale Behörden. Die EWG (die heutige EU) erwies sich jedoch schnell als wirtschaftliches Erfolgsmodell. Nachdem Grossbritannien und andere EFTA-Staaten ab den 1970ern der EU beitraten, verlor die EFTA kontinuierlich an Bedeutung.²

Ab den 1980ern Jahren kam es zur Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarkts von allen EU- und den verbliebenen sieben EFTA-Staaten mit Ausnahme der Schweiz. Innerhalb dieses Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) besteht freier Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen, ohne dass die EU-Nichtmitglieder dafür einer supranationalen Organisation beitreten mussten.³

4.1.1 Sämtliche Erweiterungsschritte der EU von 1952 bis 2007

Nach dem Ende des Kalten Kriegs ging wandelte sich die EU in den 1990ern immer mehr vom „Wirtschaftsstaat“ zur politischen Union mit gestärkten Legislativ- und Exekutivorganen. Die innen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit wurde gestärkt und mit dem Euro 1999 eine europäische Gemeinschaftswährung eingeführt. Schliesslich vergrösserte sich die EU zwischen 1995 und 2007 von 12 auf 27 Mitgliedsstaaten, und zählt heute rund 500 Mio. Einwohner. Herausforderungen für die Zukunft sind neben der aktuellen Euro-Krise die Etablierung einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik und ein verstärkter Einbezug der BürgerInnen, um die durch nationale Regierungsinteressen häufig blockierte Entscheidungsfindung zu erleichtern.⁴

4.2 Die Schweiz in Europa von 1945 bis zum EWR-Nein 1992

In der Nachkriegszeit hielt sich die Schweiz konsequent von internationalen Organisationen fern, sie zelebrierte den Sonderfall. Ein eigenständiges Interesse am „Aufbau Europas“ war kaum vorhanden, trotzdem reagierte die Schweiz auf die einsetzende europäische Integration. Es galt das Primat der Wirtschaft. Wegen der Neutralität soll die Schweiz von politischen Organisationen fernbleiben, könne sich jedoch an ökonomischen, technischen und humanitären Organisationen ohne supranationale Institutionen beteiligen. Folglich trat die Schweiz 1960 der EFTA bei. 1972 wurde auch mit der EU ein Freihandelsabkommen geschlossen, ein schlankes Abkommen, das einige der Zolldiskriminierungen beseitigte.⁵

² Hartmann: Internationale Beziehungen, S. 119-120.; Schwok, René: Switzerland – European Union, An Impossible Membership, Brüssel 2009, S. 24-25.

³ Schwok: Switzerland – European Union, S. 124-126.

⁴ Hartmann: Internationale Beziehungen, S. 124-126.

⁵ Freiburghaus, Dieter: Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik, Zürich 2009, S. 350-352.

Lange hatte sich die Schweizer Öffentlichkeit kaum für die Europapolitik interessiert, doch ab 1985 wurde alles anders:

„Die Gemeinschaft fand zu einer neuen Dynamik, sie wurde attraktiv, und gleichzeitig bedrohte das Binnenmarktprogramm die schweizerische Wirtschaft. Das Interesse an der Gemeinschaft stieg nun rapide an [...] Im EWR-Abstimmungskampf erreichte die öffentliche Auseinandersetzung einen ersten Höhepunkt. Sie wurde mit ungewohnter Heftigkeit geführt, und man fürchtete sogar um den nationalen Zusammenhalt.“⁶

Im Dezember 1992 erteilte bei einer aussergewöhnlichen Stimmbeteiligung von 78.7% das Schweizer Volk mit 50.3% dem Beitritt zum EWR eine Abfuhr. Das Land war tief gespalten. Eine breite Allianz von SP, FDP und CVP, der Wirtschaft und



Abbildung 1 EWR-Gegner im Abstimmungskampf 1992

Gewerkschaften unterstützte klar den Beitritt. Nur die SVP und Teile der Grünen stellten sich dem entgegen. Doch mithilfe einer Kampagne gegen den „Verzicht auf die freie und unabhängige Schweiz“ gelang es den Spiess umzudrehen. Tief war auch der „Röstigraben.“ Rund 80% der Romands stimmten für den Beitritt, während in vielen Deutschschweizer Kantonen und im Tessin der Ja-Anteil nur 30-40% betrug.⁷

4.3 Bilaterale Verträge I und II

Auch wenn niemand mehr wie vor der Abstimmung von einem möglichen EU-Beitritt sprach, das EWR-Nein führte nicht zur Selbstisolation der Schweiz in Europa. Bis in die SVP hinein herrschte Konsens, dass ohne punktuelle Zusammenarbeit mit der EU die Schweiz wirtschaftlich bluten müsste. Der Bilateralismus war geboren, die Devise lautete „beitrittsfähig bleiben, um nicht beitreten zu müssen“. Durch autonome und vertragliche Massnahmen soll der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt gesichert werden.⁸

Der Bundesrat handelte mit der EU die Bilateralen I aus, welche im Mai 2000 mit 67.2% Ja vom Schweizer Volk deutlich geheissen wurden. Das Paket enthielt folgende Punkte:⁹

⁶ Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse?, S. 353.

⁷ Schwok: Switzerland – European Union, S. 30-33.

⁸ Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse?, S. 354.; Schwok: Switzerland – European Union, S. 47.

⁹ Schwok: Switzerland – European Union, S. 37-38.

1. **Luftverkehr:** Schweizer Fluggesellschaften sie dürfen den Flugverkehr innerhalb der EU betreiben und die Aktienmehrheit von EU-Airlines übernehmen.
2. **Öffentliches Beschaffungswesen:** Schweizer Firmen dürfen sich für öffentliche Aufträge im EU-Raum bewerben.
3. **Forschung:** Schweizer Forscher haben ab 2004 vertraglich gesicherten Zugang zu EU-Forschungsprogrammen.
4. **Landwirtschaft:** Mit wenigen Ausnahmen (Milch, Frischfleisch) werden gegenseitige Zölle und Einfuhrverbote von landwirtschaftlichen Produkten beseitigt.
5. **Technische Handelshemmnisse:** Restriktionen und Konformitätsprüfungen bei der Einfuhr von Produkten aller Art werden weitgehend aufgehoben.
6. **Landverkehr:** Schwere Lastwagen (40-Töner) sind in Schweiz nun erlaubt, dafür darf die Schweiz den Alpentransit (LSVA) besteuern, um die Neat zu finanzieren.
7. **Personenfreizügigkeit:** Schweizer BürgerInnen mit gültigem Arbeitsvertrag dürfen sich ohne Einschränkung in der EU niederlassen. Dasselbe gilt nach Übergangsfristen auch für EU-BürgerInnen in der Schweiz.

Arbeitsplätze und Wohlstand ernten.



Erfolgreiche Bilaterale

Befürworter der Personenfreizügigkeit warnen vor den wirtschaftlichen Folgen eines NEINs der Ausdehnung auf osteuropäische EU-Neumitglieder



Freipass für alle?
Nein



8. Februar

Der umstrittenste Punkt der Bilateralen I war die Personenfreizügigkeit, deren Erweiterung auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten aufgrund von Referenden 2005 (56% Ja) und 2009 (59.6% Ja) vom Schweizer Volk gutgeheissen werden mussten. Die EU pochte auf die Gleichbehandlung ihrer Mitglieder und drohte, abgesichert durch die „Guillotine-Klausel“ indirekt mit der Kündigung der ganzen Bilateralen I. Entsprechend wiesen die Schweizer BefürworterInnen der Personenfreizügigkeit eindringlich auf die wirtschaftlichen Gefahren eines solchen Szenarios hin. Die GegnerInnen warnten dagegen vor einer ungebremsten Einwanderung aus Osteuropa, vor Lohndruck und einer Zuwanderung in die Sozialwerke.¹⁰

¹⁰ Schwok: Switzerland – European Union, S. 48-52.

Gegner der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit warnten vor ungebremster Zuwanderung und Lohndruck

Über die Bilateralen I hinaus war der Bundesrat an weiteren Abkommen mit der EU interessiert. So kam es 2004 zum Abschluss der Bilateralen II mit folgenden Punkten:¹¹

1. **Zinsbesteuerung:** Die Schweiz erhebt eine Steuer auf Zinserträge von EU-BürgerInnen, muss jedoch im Sinne des Bankgeheimnisses nicht die Inhaber der Bankkonten melden.
2. **Betrugsbekämpfung:** Beim Verdacht auf grenzüberschreitenden Betrug dürfen EU-Behörden dieselben Informationen verlangen, wie Schweizer Behörden im landesinternen Verfahren.
3. **Schengen/Dublin:** Die systematischen Personenkontrollen an Grenzübergängen werden aufgehoben, dafür mobile Personenkontrollen im Grenzbereich eingeführt. Die Schweiz erhält Zugang zum europäischen Fahndungssystem SIS und wer einen Asylantrag in einem anderen europäischen Staat gestellt hat, darf keinen mehr in der Schweiz stellen.
4. **Verarbeitete landwirtschaftliche Produkte:** Die Schweizer Nahrungsmittelindustrie darf ihre Produkte zollfrei in die EU exportieren. Umgekehrt gilt das Gleiche.
5. **Statistik:** Die Schweiz und die EU verbessern im gegenseitigen Interesse die Vergleichbarkeit von statistischen Erhebungen.
6. **Ruhegehälter:** Pensionen von EU-Beamten mit Wohnsitz in der Schweiz werden nicht mehr doppelt sondern nur noch von der EU besteuert.
7. **Umwelt:** Die Schweiz tritt im Sinne des grenzüberschreitenden Umweltschutzes der europäischen Umweltagentur EUA bei.
8. **MEDIA:** Schweizer Film- und Fernsehschaffende erhalten Zugang zum europäischen Filmförderungsprogramm MEDIA.
9. **Bildung/Berufsbildung/Jugend:** Schweizer BürgerInnen in Ausbildung dürfen an europäischen Mobilitätsprogrammen wie Erasmus, Socrates und Leonardo da Vinci teilnehmen.

Am Umstrittensten im Paket Bilaterale II war der Beitritt zu Schengen/Dublin. Man befürchtete durch den Wegfall der systematischen Grenzkontrollen einen Anstieg der Kriminalität. Doch beim Referendum setzten sich die BefürworterInnen durch, so stimmte das Schweizer Volk im Juni 2005 mit 54.6% Ja für den Beitritt zu Schengen/Dublin.¹²

5 Aktuelle Herausforderungen

Da es sich bei den Beziehungen Schweiz-EU um einen dynamischen Prozess handelt, besteht sowohl bei der Schweiz wie bei der EU der Wunsch nach einer

¹¹ Schwok: Switzerland – European Union, S. 53-63.

¹² Schwok: Switzerland – European Union, S. 63-65.

Weiterentwicklung. Den Zwiespalt darüber, in welche Richtung der zukünftige Weg gehen soll, zeigt folgendes Zitat:

„Zurzeit scheint in der Schweiz der Bilateralismus der einzig gangbare Weg zu sein. Dies setzt allerdings voraus, dass die EU weiterhin mitmacht.“¹³

Genau daran wachsen mehr denn je Zweifel. So äusserte sich EU-Kommissionspräsident Barroso im Frühjahr 2011 als „Freund der Schweiz“, dass die bilateralen Verträge in die Sackgasse geführt hätten. Die EU-Kommission beharrt auf der automatischen Übernahme von EU-Recht bei künftigen Abkommen. Für die Schweiz kommt dies nicht in Frage.¹⁴

5.1 Szenarien für die zukünftigen Beziehungen Schweiz-EU

5.1.1 Weiterführung Bilateralismus

Für die Schweiz wie die EU der realistischste Weg. Die EU kann sich solche bilaterale Abkommen sogar als Modell für ihre Beziehungen zu anderen Staaten vorstellen und in der Schweiz sind bereits Wünsche für neue Abkommen geäussert worden. So ist eine verstärkte handelspolitische Kooperation mit der Einführung des „Cassis de Dijon-Prinzips“ (automatische Zulassung von EU-Produkten in der Schweiz bis hin Zollunion mit dem Wegfall der Grenzkontrollen und der Angleichung der Mehrwertsteuer auf EU-Niveau (dafür würden andere Steuern sinken) denkbar. Und ein sogenanntes Rahmenabkommen würde den bisher fallweise abgeschlossenen bilateralen Verträgen ein übergeordnetes Ziel geben und zusätzliche Rechtssicherheit schaffen.¹⁵

5.1.2 Beitritt zur EU

Selbstverständlich wäre der EU-Beitritt mit der automatischen Übernahme von EU-Recht eine grosse Herausforderung für das politische System wie das Selbstverständnis der Schweiz. Man müsste zwecks besserer Repräsentation im Ausland eine Staatsleitungsreform durchführen und dem Bundesgericht mehr Kompetenzen in Sachen Überprüfung der Verfassungskompatibilität geben. Und die Kantone müssten dort Kompetenzen an den Bund übertragen, wo das Recht im Wesentlichen von der EU gesetzt wird. Und man müsste definitiv die 15 Prozent Mehrwertsteuer im EU-Raum übernehmen. Und wie sich eine allfällige Einführung des Euros auf den Schweizer Finanzplatz auswirken würde, weiss niemand.¹⁶ Und selbst wenn die Schweiz wie Grossbritannien und die skandinavischen Länder die Gemeinschaftswährung nicht übernehmen würde, die wirtschaftliche Verflechtung und der Solidaritätsgedanke innerhalb der Union würden auch die Schweiz bei einer Währungskrise mit in die Pflicht nehmen.

¹³ Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse?, S. 361.

¹⁴ Israel, Stephan: Der «Freund der Schweiz» fordert die Neugestaltung der bilateralen Beziehungen, in: Tages-Anzeiger, 08.02.2011, S. 3.

¹⁵ Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse?, S. 362-364.; Schwok: Switzerland – European Union, S. 67-78.

¹⁶ Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse?, S. 364-365.

Und neben praktischen Hindernissen wie Direkte Demokratie, Föderalismus und wirtschaftliche Selbstbestimmung würden auch subjektive Fragen der Identität und der Neutralität einen Beitritt zu einer Herausforderung werden lassen. Die Schweiz basiert nicht auf einer gemeinsamen Sprache, Konfession, Kultur oder Abstammung. Sie basiert als Willensnation auf dem politischen Willen sehr unterschiedlicher Landesteile, in einer föderalen Nation zusammenzuleben. Weit verbreitet ist die Ansicht, dass ein Beitritt die das Land tragenden gemeinsamen Institutionen und letztlich den Schweizer Bundesstaat in seiner heutigen Form selbst gefährdet. Dazu kommen die Erfahrungen von zwei Weltkriegen und damit die Angst, mit einem Verlust der Neutralität in internationale Konflikte hineingezogen zu werden.¹⁷

5.1.3 (Verspäteter) Beitritt zum EWR

Zumindest theoretisch wäre ein Beitritt zum EWR, der alle EU-Staaten und die EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen umfasst, weiterhin eine mögliche Option. Anstatt einer Vielzahl bilateraler Abkommen hätte man mit dem EWR einen Rahmen, der die Schweiz weitgehend in den europäischen Markt integriert, ohne jedoch die gemeinsame Handelspolitik und die EU-Mehrwertsteuer übernehmen zu müssen. Die EU ist daran interessiert die Schweiz den EWR-Ländern gleichzustellen, doch machte der Bundesrat im Herbst 2010 klar, dass neben dem innenpolitisch nicht durchsetzbaren EU-Beitritt auch ein Beitritt zum EWR kein Thema ist. Die Schweiz hätte mit den bisherigen bilateralen Verträgen bessere Konditionen als bei einer EWR-Mitgliedschaft erreicht.¹⁸

5.2 Brennpunkt Personenfreizügigkeit

Aktuell besonders umstritten ist die Personenfreizügigkeit und ihre Auswirkungen. Dies obwohl das Schweizer Volk 2000, 2005 und 2009 die Personenfreizügigkeit und ihre Ausdehnung gutheissen hatte. BefürworterInnen der Personenfreizügigkeit sehen in ihr einen wichtigen Treiber des Arbeitsmarkts. Da gemäss Statistiken des Bundes inzwischen 78% der zugezogenen AusländerInnen hoch qualifiziert sind und qualifiziertes Personal in der Schweiz dringend benötigt wird, würden die Zugezogenen einen wertvollen Beitrag zur Stärke des Wirtschaftsstandorts Schweiz leisten.¹⁹

Doch gerade weil die neu zugezogenen EU-Bürger gut qualifiziert sind, fürchten sich viele SchweizerInnen vor Lohndruck und Arbeitsplatzverlust. Zudem werden die Zuwanderer von bestimmen Kreisen für steigende Mieten, volle Züge und Landschaftsverschleiss verantwortlich gemacht. So lancierte die SVP im Mai 2011 eine „Begrenzungsinitiative“ gegen das „Grössenwahnprojekt“ Personenfreizügigkeit. Die SVP verlangt Neuverhandlungen mit der EU, um auch für EU-Bürger die Kontingentierung der Zuwanderung wieder einzuführen. Doch ausser der SVP glaubt niemand daran, dass die EU sich auf eine solche Lösung einlassen

¹⁷ Schwok: Switzerland – European Union, S. 93-99.

¹⁸ Schwok: Switzerland – European Union, S. 79-82.; Ferrari, Luciano: Preis für neue bilaterale Verträge wird hoch, in: Tages-Anzeiger, 21.08.2010, S. 11.

¹⁹ Staubli, René: Schweiz – Land der Dienstleistungen, in: Der Bund, 24.05.2011.

würde. So sagt Arbeitgeberpräsident Rudolf Stämpfli, die Wirtschaft sei auf die bilateralen Verträge angewiesen und ohne sie seien Zehntausende Arbeitsplätze gefährdet.²⁰

6 Verschiedene Standpunkte

6.1 Befürworter eines EU-Beitritts

Stellvertretend für die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz argumentiert die Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS):

„Die Nebs setzt sich für die EU-Mitgliedschaft der Schweiz zu den besten wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Bedingungen ein [...] Die Nebs verlangt die sofortige Einleitung eines internen Prozesses, der die Schweiz für die EU-Mitgliedschaft vorbereitet. Dieser beinhaltet eine breite Debatte in der Bevölkerung über die Zukunft der Schweiz in Europa, ihre Möglichkeiten und Chancen. Gleichzeitig sollen interne Reformen in jenen institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen [...] angepackt werden. Zudem sollen alle beteiligten Partner über ein Verhandlungsmandat diskutieren und sich Gedanken über flankierende Massnahmen machen, damit die Folgen einer EU-Mitgliedschaft bestmöglich genutzt werden können.“²¹

6.2 Befürworter der Weiterführung des bilateralen Wegs

Im Rahmen seiner Europaklausur im August 2010 erklärte der Bundesrat:

„Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass der bilaterale Weg aussenpolitisch gangbar ist und im gegenwärtigen Zeitpunkt das innenpolitisch am breitesten abgestützte Instrument der schweizerischen Europapolitik bleibt. Zwar ist die Fortsetzung des bilateralen Wegs schwieriger geworden. So vertritt die EU in zunehmendem Mass den Standpunkt, dass die Abkommen mit der Schweiz auf der ausnahmslosen Übernahme ihres massgeblichen Rechtsbestands und dessen Weiterentwicklung beruhen müssten. Um Lösungen [...] muss deshalb in bilateralen Verhandlungen immer wieder hart gerungen werden. Dennoch haben nach Einschätzung des Bundesrates die Schweiz und die EU angesichts ihrer äusserst engen Beziehung ein gemeinsames Interesse, mittels spezifischer Abkommen ein aus Sicht des Bundesrates am besten geeignet, die notwendige Konvergenz der Interessen der Schweiz und der EU sicherzustellen.“²²

²⁰ Brönnimann, Christian: Der SVP wird es viel zu eng, in: Der Bund, 24.05.2011.

²¹ Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS): EU-Mitgliedschaft zu den besten Bedingungen, www.europa.ch, 12.06.2011.

²² Schweizerische Eidgenossenschaft: Bundesrat setzt im Verhältnis zur EU auf Kontinuität und führt den bilateralen Weg fort, www.admin.ch, 12.06.2010.

6.3 Befürworter einer von der EU unabhängigen Schweiz

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) beschuldigt den Bundesrat in einer Medienmitteilung, mit der weiteren Vertiefung der Bilateralen Verträge die Schweiz durch die „Hintertür“ in die EU führen zu wollen:

„Das Ziel schweizerischer Aussenpolitik ist für die AUNS die Wahrung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der immerwährenden bewaffneten Neutralität. Die Schweiz setzt sich für den freien Welthandel ein. Die Bedeutung der Märkte ausserhalb der EU nimmt für die Schweizer Exportindustrie stark zu. Deshalb ist die vom Bundesrat forcierte politische EU-Anbindung falsch. Und nicht zu akzeptieren ist, dass Brüssel permanent neue protektionistische Forderungen für den Zutritt zum europäischen Binnenmarkt stellt [...] Die EU-Forderungen nach einer Unterstellung der bilateralen Verträge unter ein EU-Schiedsgericht und neues EU-Recht automatisch zu übernehmen, verletzen klar die schweizerische Souveränität. Die AUNS fordert von der Landesregierung eine Rückweisung solcher Forderungen und eine klare Absage an die sogenannte „Dynamisierung und Institutionalisierung“ des bilateralen Verhältnisses mit der EU. Die AUNS beurteilt das beabsichtigte Schnüren eines neuen bilateralen Paketes (Bilaterale III) kritisch. Die Erfahrungen aus den letzten Abstimmungen zeigen, dass die Paketlösungen lediglich dazu dienen, für die Schweiz schlecht ausgehandelte Verträge beim Stimmvolk mit einer „Entweder-alles-oder-nichts-Politik“ zu erpressen.“²³

7 Weiterführende Links

www.auns.ch Seit 1986 setzt sich der Verein Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS für Unabhängigkeit, direkte Demokratie und Neutralität der Schweiz ein.

www.europa.ch Der Verein Neue Europäische Bewegung Schweiz setzt sich für die Mitbestimmung der Schweiz in Europa ein und versucht durch Informationsarbeit die Schweiz so vorzubereiten, dass sie zu optimalen wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Bedingungen Aktivmitglied der EU werden kann.

www.europa.admin.ch. Das Integrationsbüro IB koordiniert die Europapolitik des Bundes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachstellen und informiert sowohl über die schweizerische Europapolitik als auch über die europäische Integration allgemein.

www.europa.unibas.ch Das Europainstitut der Universität Basel ist ein wissenschaftliches Zentrum für interdisziplinäre Lehre und Forschung in Fragen der europäischen Integration. Wissenschaftliche Publikationen und weiterführende Links zur Thematik.

²³ Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS): Bundesrat auf EU-Kurs, www.auns.ch, 12.06.2010.

www.foraus.ch „foraus - Forum Aussenpolitik - Forum de politique étrangère“ ist ein unabhängiger Think-Tank und engagiert sich mit wissenschaftlich fundierten Diskussionsbeiträgen für eine offene Schweizer Aussenpolitik.

www.vimentis.ch Seit 2003 veröffentlicht die neutrale Informationsplattform Vimentis einfache, neutrale Texte zu Abstimmungen und anderen wichtigen politischen Themen.

8 Quellenverzeichnis

8.1 Fachliteratur

Freiburghaus, Dieter: Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik, Zürich 2009.

Hartmann, Jürgen: Internationale Beziehungen, Wiesbaden 2009, S. 118-119.; Loth, Wilfried: Europäische Identität in historischer Perspektive, Bonn 2002.

Schwok, René: Switzerland – European Union, An Impossible Membership, Brüssel 2009.

8.2 Zeitungsartikel

Israel, Stephan: Der «Freund der Schweiz» fordert die Neugestaltung der bilateralen Beziehungen, in: Tages-Anzeiger, 08.02.2011, S. 3.

Ferrari, Luciano: Preis für neue bilaterale Verträge wird hoch, in: Tages-Anzeiger, 21.08.2010, S. 11.

8.3 Internetquellen

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS): Bundesrat auf EU-Kurs, www.auns.ch, 12.06.2010.

Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS): EU-Mitgliedschaft zu den besten Bedingungen, www.europa.ch, 12.06.2011.

Schweizerische Eidgenossenschaft: Bundesrat setzt im Verhältnis zur EU auf Kontinuität und führt den bilateralen Weg fort, www.admin.ch, 12.06.2010.